

1. Rückblick 2018

1.1 Störzentrum Geesthacht

- Haushalt 2019: Beschluss des Haushaltsausschusses; Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (Berlin) erhält 6,9 Mio. Euro für den Aufbau eines „Zentrums für die wissenschaftliche Begleitung der Wiedereinbürgerung des Störs“ in Geesthacht.
- In Deutschland gilt der Stör seit 40 Jahren ausgestorben. Durch das Störzentrum in Geesthacht soll die Wiederansiedlung des europäischen Störs in Deutschland und Mitteleuropa umgesetzt werden (*Anmerkung: Berner Konvention hat für den Stör 2007 einen Aktionsplan für den Schutz und die Wiederherstellung von selbst-erhaltenden Beständen der Art für das gesamte Verbreitungsgebiet vorgelegt, den Deutschland 2010 in einen nationalen Aktionsplan umgesetzt hat*)
- Die Anlage für die Elterntierhaltung und Aufzuchtstation soll ihren Platz auf der Elbinsel Geesthacht finden, direkt neben Europas größter Fischaufstiegsanlage.
 - positiver Bescheid auf die Bauvoranfrage für die Maßnahme liegt seit dem 18.8.2018 vor – auf Vermittlung von Norbert Brackmann
 - 2 Flurstücke auf der Elbinsel stehen für Bebauung bereit; Flurstück 34 befindet sich im Eigentum der Stadt Geesthacht, die der Bereitstellung des Grundstücks mit Beschluss des Finanzausschusses am 5. November 2018 zugestimmt hat. Flurstück 35 ist Eigentum des Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), ist aber langfristig an die Vattenfall AG verpachtet. Sowohl WSV als auch Vattenfall haben einer Bebauung ihr Einverständnis erklärt.
- Die Anlage soll aus zwei Baukörpern mit ca 3000m² Grundfläche bestehen.
 - Ein zweistöckiger Bau soll die Labore, Büros, Anschlussräume und das Informationszentrum beherbergen.
 - Eine Leichtbauhalle ist für die Fischaufzucht gedacht und soll 10 Kreislaufanlagen und 80 Haltungsbecken umfassen.



- Am Leibniz-Institut in Berlin sind derzeit 430 Tiere zwischen 22 und 4 Jahren beheimatet, aus denen sich das Aufzuchtprogramm speist. In den letzten Jahren konnten so 20.000 Störe in der Elbe ausgesetzt werden. Mit dem Störzentrum in Geesthacht sollen es künftig bis zu 200.000 Störe pro Jahr werden, die in die Elbe und damit in die Nordsee entlassen werden.

1.2. WSA Lauenburg

Personal – Gesamtkonzept Elbe und Projektgruppe Elbe-Lübeck-Kanal

- Haushalt 2018: Beschluss des Haushaltsausschusses; es wurden 6,8 neue Stellen für das WSA Lauenburg beschlossen, um das Gesamtkonzept Elbe an der Oberelbe umzusetzen. (Insgesamt wurden für die Umsetzung des Gesamtkonzepts Elbe 34,5 neue Stellen beschlossen)
- Das Gesamtkonzept Elbe wurde Anfang 2017 beschlossen und ist das Ergebnis eines langjährigen Beratungsprozesses zwischen dem Bund und den anliegenden Bundesländern unter Mitberatung von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Zentrales Thema des Konzeptes ist die umweltverträgliche schiffahrtliche Nutzung sowie die wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten mit der Erhaltung des wertvollen Naturraums in Einklang zu bringen. Wichtige Ziele sind die Förderung der Schiffbarkeit zur Stärkung der Binnenschifffahrt und die Eindämmung der Sohlerosion, die zum Austrocknen der Auwälder führt. Insgesamt sollen in den kommenden Jahren mehr als 300 Millionen Euro in die Elbregion zwischen Geesthacht und Tschechischer Grenze investiert werden.
- Haushalt 2019: Beschluss des Haushaltsausschusses; es wurden 15 neue Stellen für die Ausbauplanungen des Elbe-Lübeck-Kanals beschlossen.
- 15 neue Stellen sind der bereits bestehenden Projektgruppe für den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals zugeordnet, die seit 2017 an den Vorarbeiten der Planungen sitzen. Bereits im Haushalt 2017 wurden 20 Stellen und zusätzlich 10 Mio. Euro für die Projektgruppe genehmigt.
- Künftig werden insgesamt 35 Fachkräfte an den Planungen für den Ausbau des Kanals arbeiten. Projektgruppe soll von Lauenburg aus arbeiten. Zurzeit ist die Projektgruppe in Geesthacht untergebracht.
- Anbau an WSA-Gebäude in Lauenburg: Entsprechendes Baurecht liegt vor - bereits vor 17 Jahren wurde es beim Bau des WSA-Gebäudes am Dornhorster Weg geschaffen.

Kostenentlastung Basedow und Buchhorst – Ausbau Elbe-Lübeck-Kanal

- In 2018 konnte auch eine Entlastung der Gemeinden Buchhorst und Basedow von den Kosten für den Brückenneubau über den Elbe-Lübeck-Kanal erreicht werden.
- Im Rahmen des geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals mussten die zur Erneuerung anstehenden Brücken bei Buchhorst und Basedow auf die für den künftigen Verkehr ausgelegte Durchfahrtshöhe von 5,25 Meter angepasst werden.

Das für den Ersatzneubau der Brücken zuständige Wasserstraßen-Neubauamt Magdeburg hatte im September 2017 eine erhebliche Kostenbeteiligung der beiden Gemeinden verlangt.

- Nach Intervention von Herrn Norbert Brackmann, hat das WNA Magdeburg auf eine Kostenbeteiligung der Gemeinden Buchhorst und Basedow verzichtet. Der Bund wird den Ersatzneubau beider Brücken vollständig finanzieren. Dazu gibt es eine verbindliche Entscheidung, die den Kommunen auch Ende November 2018 kommuniziert wurde.
- Im Raum stand eine Beteiligung der Kommunen von 25 Prozent an den Gesamtkosten. *[Hintergrund: WNA Magdeburg hatte sich auf § 41 Abs. 5 Wasserstraßengesetz (WaStrG) berufen, dass die Kostenteilung von Kreuzungsmaßnahmen regelt. Danach seien beim Ausbau einer Bundeswasserstraße und gleichzeitiger Änderung eines öffentlichen Verkehrsweges die Kosten der Änderung unter den Beteiligten zu teilen, wobei die Maßnahmen als gleichzeitig gälten, wenn beide sie verlangten oder hätten verlangen müssen. Die Gemeinden Buchhorst und Basedow als Straßenbaulastträger verlangten jedoch keine Änderung an der Straßenbrücke. Das WNA Magdeburg bestand im Sinne des § 41 Abs. 5 WaStrG aber auf das „Verlangemüssen“, um damit eine Kostenbeteiligung zu erreichen. Norbert Brackmann wandte sich nach Bekanntwerden des Sachverhalts umgehend an das Bundesverkehrsministerium und argumentierte mit einem rechtlichen Ermessensspielraum den das WNA Magdeburg hat, um wie in diesem Falle die Gemeinden nicht zwingend zu belasten. Das WNA Magdeburg folgte nun offenbar der Argumentation von Norbert Brackmann, dass das Wasserstraßenrecht zuerst dem Veranlasserprinzip folgt und deshalb grundsätzlich die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die Kosten der Kreuzungsanlagen zu tragen hat.]*

Sanierung Stauwehr Geesthacht

- Haushalt 2019: für die Sanierung des Stauwehrs sind im Bundeshaushalt 167 Mio. Euro eingestellt.
- Momentan gibt es nur die Grobplanung für die Sanierungsarbeiten. Danach soll die das Stauwehr ab 2020/21 für rund 16 Jahre saniert werden.
- Mit einer Feinplanung wird jetzt erst begonnen, da die Mittel für die Sanierung / Umbau des Stauwehrs in den Bundeshaushalt eingestellt wurden.
- Der Bund hat zugleich 1,62 Mio. Euro in die Sanierung der Schiffsflotte des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Lauenburg mit dem HH 2019 investiert.
 - 670.000 Euro für die Instandsetzung des Eisbrechers "Bison" sowie
 - 950.000 Euro für den Umbau des Schwimmgreifers "Elsflether Sand"
- Modernisierung soll beide Schiffe auf die neuen Aufgaben – Sanierung des Stauwehrs Geesthacht - vorbereiten;
- Ziel des 950.000 Euro teuren Umbaus ist es, den Schwimmgreifer „Elsflether Sand“ künftig als Hebegerät ausschließlich auf der Elbe am Stauwehr Geesthacht einzusetzen. Hier soll der vorhandene Hydraulikbagger durch einen Hydraulikkran ersetzt werden. Mit dem Hydraulikkran können dann u.a. sogenannte Revisionsverschlüsse (Notverschlüsse) *[Revisionsverschlüsse ermöglichen es die verschiedenen Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Trockenen auszuführen]* gesetzt sowie technische Ausrüstung für die Grundinstandsetzung der Wehranlage bewegt werden.

- Durch die Instandsetzung des Eisbrechers soll das Stauwehr während der Instandsetzungsarbeiten eisfrei gehalten werden.

1.3. Neubau Magnesium-Halle am Helmholtz-Zentrum Geesthacht

- Im Juli 2017 brannte das Magnesium Innovations-Center ab. Die Gesamtkosten für Reparatur und Wiederaufbau wurden nach Gutachterschätzungen auf rund 5,1 Mio. Euro beziffert.
- Mit dem Haushalt 2019 wurde der Wiederaufbau beschlossen.
- Alleine 3,5 Mio. Euro bringt das Helmholtz-Zentrum selbst auf; durch haushaltssichernde Maßnahmen / Rückstellungen die nach dem Brand eingeleitet / gebildet wurden. Der Bund schießt rund 1 Mio. Euro frisches Geld durch den Bundeshaushalt 2019 zum Wiederaufbau dazu. 510.000 Euro werden von den weiteren Zuwendungsgebern (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Brandenburg) aufgebracht.
- Der eigentliche Aufbau der Halle wird nur rund 1,8 Mio. Euro kosten. Der wesentliche Teil der Gesamtsumme wird für die Weiterentwicklung der Einrichtung, die neue Gießwalzanlage und das sogenannte Warmwalzgerüst aufgewendet werden.

1.4. Schloss Lauenburg

- Haushalt 2018: Beschluss des Haushaltsausschusses; Stadt Lauenburg erhält für die Sanierung und Nutzungsänderung des Schlosses Lauenburg vom Bund 2,45 Mio Euro. Damit trägt der Bund 50 % der Kosten für die gesamten Sanierungsmaßnahmen, die sich nach Kostenkalkulation der Stadt auf 4,9 Mio. Euro belaufen. Neben den Fördermitteln des Bundes wird die Finanzierung durch das Land Schleswig-Holstein (40 % der Kosten) und die Stadt Lauenburg (10 %) sichergestellt.
- Die Mittel kommen aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm und werden in drei jährlichen Teilbeträgen, beginnend noch in 2018, zur Verfügung gestellt. Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen sollen im Jahre 2020 abgeschlossen werden.
- Förderung im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms konnte nur durch die Unterstützung von Norbert Brackmann sichergestellt werden. Die Stadt stellte den Antrag, für die Entscheidung im Haushaltsausschuss zählt jedoch nur die Unterstützung des jeweiligen Wahlkreisabgeordneten.
- Durch die nun realisierbare Umnutzung erhält das Schloss attraktive Veranstaltungsräume und ein Standesamt in Traumlage. Im Zusammenspiel mit dem Hotelneubau wird das denkmalgerechte sanierte Schloss den Bürgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.
- Das Schloss ist Teil der denkmalgeschützten Sachgesamtheit „Schlossgebiet Lauenburg und Fürstengarten“ und ist vom Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-

Holstein als „national bedeutsam“ bewertet worden. Erst die umfassende Sanierung des Schlosses ermöglicht die Umnutzung dieses bedeutenden Kulturgutes.

1.5. Otto- von-Bismarck-Stiftung

- Haushalt 2019: jährliche Bundeszuschuss wird dauerhaft um 100.000 Euro auf über 1 Mio. Euro angehoben. Zudem erhält die Stiftung eine Personalstelle.
- Aufwuchs des Bundeszuschusses bildet den Mehraufwand ab, den die Stiftung aufgrund der Modernisierung und Erweiterung der Dauerausstellung im Historischen Bahnhofsgebäude zu bewältigen hat. Auch die geplante Errichtung eines multifunktionalen Veranstaltungsgebäudes auf dem Gelände der Otto-von-Bismarck-Stiftung werden neue Aufgaben gestellt, für die der Bundeszuschuss gedacht ist.

1.6. Standorterweiterung der Bundespolizei in Ratzeburg

- Bund hat sich dazu entschieden, den Standort der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg durch den Zukauf eines 7.800 Quadratmeter großen Grundstücks zu erweitern. Grundstück grenzt an der Ostseite der Liegenschaft an.
- Der Bürgermeister der Stadt Ratzeburg hatte Norbert Brackmann im Juni 2017 über die Pläne zur Standorterweiterung informiert. Eine Entscheidung über den Erwerb des Grundstücks hatte sich jedoch auf Bundesebene verzögert. Norbert Brackmann hatte sich daraufhin beim Bundesinnenministerium für den Erwerb und eine zügige Entscheidung eingesetzt.
- Nach einer detaillierten Bedarfsbeschreibung durch die Bundespolizei wurde die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben tätig und erwarb im September und im Auftrag des Bundes die Liegenschaft für die Bundespolizeiabteilung Ratzeburg.

1.7. Bahnstecke Lübeck - Lüneburg

- Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hatte den Deutschen Bundestag am 6. November 2018 über die Ergebnisse der Bewertung der Projekte des Potenziellen Bedarfs aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 unterrichtet.
- Der Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Lübeck, Büchen und Lüneburg konnte hier endgültig verhindert werden.
- Zwar wurde für den Abschnitt eine Wirtschaftlichkeit nachgewiesen, dennoch wird das Projekt vom Bund derzeit nicht weiterverfolgt. Denn es gibt für diese Strecke noch immer keinen Bedarf, da der Knoten Hamburg (Projekt mit verschiedenen Maßnahmen, u.a. Realisierung der S4 Ost bis Ahrensburg) die Verkehre aufnehmen wird und besser als die Strecke Lübeck-Büchen-Lüneburg die Verkehrsbedürfnisse erfüllt. *[Der Deutsche Bundestag hat am 2. Dezember 2016 das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes beschlossen, das am 30. Dezember 2016 in Kraft trat. Im Anhang des Gesetzes waren nicht nur die Projekte des Vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030 abgebildet, sondern auch die Maßnahmen des Potenziellen Bedarfs. Zugleich enthielt das Gesetz in Abschnitt 2, Unterabschnitt 2 eine ausdrückliche Regelung zur automatischen Aufstufung dieser Projekte in den Vordringlichen Bedarf nach erfolgtem Nachweis der gesamtwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit. Seit 2016 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale*

Infrastruktur die Projekte des Potenziellen Bedarfs untersucht und durch Gutachter bewerten lassen. Das Bundesverkehrsministerium hat am 6. November 2018 die Ergebnisse der Bewertung bekannt gegeben]

1.8. Projektförderung im Wahlkreis

- **Neu:** Insgesamt hat der Bund 2018 Fördermittel und Förderzusagen i.H.v. 17,9 Mio. Euro gegeben. Im Vergleich: 2017 waren es „nur“ 15,45 Mio. Euro gegeben!

Ort	Zuwendungs-empfänger	Thema	Laufzeit	Fördersumme
Bäk	Michael Baeck	Erstellung von Ladepunkten in der Ortsmitte der Gemeinde Mechow	17.09.2018 - 31.05.2019	4.127 Euro
Bliestorf	Verein zur Förderung heilender und menschenbildender Erziehung e.V.	KSI: Sanierung der Beleuchtungsanlage in der Schule des Vereines Förderung heilender und menschenbildender Erziehung.	01.02.2018 - 31.01.2020	50.426 Euro
Breitenfelde	TIA Technologien zur Industrieabwasserbehandlung GmbH	Entwicklung des LED-Reaktors mit Bodenfilterpassage, Entwicklung, Hochdurchsatz-XYLEM-Filter, Entwicklung d. Verwirbelung und des flussreg. bis Kanals mit Rückhaltebecken, Prototypenbau, Biofilmoptimierung und Langzeittests	01.05.2018 - 30.11.2019	209.000
Büchen	Gemeinde Büchen	KSI: Klimaschutzprojekt: Energetische Sanierung des Sportzentrums Büchen unter Einbeziehung von Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbaren Energien	01.06.2018 - 31.05.2020	200.000 Euro
Büchen	Amt Büchen	KSI: Fortsetzung der fachlich-inhaltlichen Unterstützung bei der Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes für das Amt Büchen und seine 15 amtsangehörigen Gemeinden	01.12.2018 - 30.11.2020	59.003 Euro
Büchen	Gemeinde Büchen	KSI: Umstellung des Flutlichts am Sportzentrum Büchen auf effiziente LED-Technik	01.02.2018 - 31.01.2019	6.000 Euro
Büchen	Schulverband Büchen	KSI: LED-Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung in der Mehrzweckhalle des Schulzentrums Büchen	01.06.2018 - 31.12.2019	38.015 Euro
Büchen	Gemeinde Büchen	KSI: Sanierung der Straßenbeleuchtung mittels LED-Technik in der Gemeinde Büchen	01.03.2018 - 28.02.2019	10.582 Euro
Dassendorf	Gemeinde Wohltorf	KSI: Energetische Teilsanierung der Grundschule Wohltorf	01.01.2019 - 31.12.2020	179.285 Euro

Herzogtum Lauenburg

23. Januar 2019

Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	ERA-Net: Verbundprojekt: Aktive umweltfreundliche Beschichtungen für Leichtmetalle basierend auf einer Kombination aus geschichteten Doppelhydroxiden/plasmaelektrolytische Oxidation (LDH/PEO) produzierten Nano- und Mikro-Containern, Teilvorhaben: HZG	01.09.2018 - 31.08.2021	149.999 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	ERA-Net: Verbundprojekt: Auswirkungen von Klimawandel und Klimaextremen auf die Agrar- und Forstwirtschaft in der Region Europa-Russland-Türkei, Teilvorhaben: HZG	01.09.2018 - 31.08.2021	149.016 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	ERA-Net: Verbundprojekt: Untersuchung zur Generierung von Extremereignissen über Permafrost-Gebieten (SODEEP), Teilvorhaben: zu Änderungen in Extremereignissen und deren Auswirkungen auf Permafrost-Gebiete	01.11.2018 - 31.10.2020	75.832 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Verbundprojekt: H2Hybridtank - Demonstration eines kostengünstigen hybriden Druck-Festkörper-Wasserstoffspeicherfunktionsmodells für zukünftige Anwendung im PKW, TV: Speicher-Material-Synthese, Speichersystemsimulation, -design und -test	01.01.2018 - 31.12.2021	1.838.825 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Verbundprojekt: WTZ Südliches Afrika - SPACES II: CASISAC - Änderungen im Agulhasstromsystem und Auswirkungen auf die Küsten im südlichen Afrika, Vorhaben: Regionale Atmosphärenmodellierung und Niederschlagsänderungen	01.07.2018 - 30.06.2021	313.838 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	WTZ Großbritannien: MiMeMo - Mikroben bis Megafauna Modellierung im arktischen Ozean	01.07.2018 - 30.06.2021	359.992 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	WTZ Großbritannien: EISPAC - Auswirkungen von mit Eis-assoziierten Stressfaktoren und Schadstoffen in der arktischen marinen Kryosphäre	01.07.2018 - 30.06.2021	400.743 Euro
Geesthacht	Brockmann Consult GmbH	City Water Watch - Gewässer in Stadtgebieten und im städtischen Umland	01.01.2019 bis 31.12.2020	144.999 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Entwicklung von Prozessparametern für hochfeste High-Tech-Aluminiumlegierungen für die	01.09.2018 - 30.06.2020	155.837 Euro

		Verarbeitung im Laserauftragsschweißprozess bis sowie die mikrostrukturelle und werkstoffmechanische Charakterisierung		
Geesthacht	Stadt Geesthacht	KSI: Energetische Sanierung des DSV-Heims	01.09.2018 - 31.08.2019	121.082 Euro
Geesthacht	Stadt Geesthacht	KSI: Sanierung Beleuchtungsanlage Bücherei	01.09.2018 - 31.08.2019	11.752 Euro
Geesthacht	Stadt Geesthacht	KSI: Sanierung Beleuchtungsanlage Jugendaufbauwerk Geesthacht	01.09.2018 - 31.08.2019	14.882 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Verbundprojekt: MarTERA - SeaMag - High-Performance Seawater Magnesium Batteries for Marine Application, Vorhaben: SeaMag - Enhanced Mg seawater battery: optimization of electrolyte and anode	01.07.2018 - 30.06.2021	353.187 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	NAMED - Entwicklung Nanotechnologie-basierter Membranen der nächsten Generation und ihre Anwendung für Entsalzungsmembransysteme mit geringem Energieverbrauch und ohne Flüssigkeitsverlust	01.03.2018 - 28.02.2021	174.275 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Stilllegung, Rückbau + Entsorgung radioaktiver Reststoffe beim HZG (MAREN)	01.01.2018 - 31.12.2018	9.900.000 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Gesetzliche Endlageraufwendungen (Endlagervorausleistungen und Endlagergebühren)	01.01.2018 - 31.12.2018	1.068.036 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	Verbundprojekt BioTip: Räumlich-zeitliche Analysen von Kippunkten des sozio-ökologischen Systems der südlichen Nordsee (SeaUseTip) - Teilprojekt 2: Sozio-kulturelle Auswirkungen	01.03.2019 - 28.02.2022	388.796 Euro
Geesthacht	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	WIR! - CAREComm - Verbundprojekt: Innovation in der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen; TP2	01.04.2018 - 31.10.2018	62.246 Euro
Lüttau	ThoMar OHG	Entwicklung eines neuartigen, vollständig biologisch abbaubaren Trockenmittelsystems inklusive spezifischem Herstellungsverfahren	01.06.2018 - 29.02.2020	152.000

Herzogtum Lauenburg

23. Januar 2019

Lüttau	Ev.-Luth. Kirchengemeinde Lüttau	KSI: Errichtung eines Nahwärmeversorgungssystem auf Knickholz-Basis zur Wärmeversorgung der Gebäude der Ev.-Luth. Kirchengemeinde Lüttau	01.07.2018 - 30.06.2020	200.000 Euro
Mölln	Agrosom GmbH	Verbundprojekt: Senkung der Methan- und Stickstoffemissionen in der Milcherzeugung durch innovatives Fütterungscontrolling und -management (ReMissionDairy) - Teilprojekt 3	15.08.2018 - 14.08.2021	174.056 Euro
Ratzeburg	Kreis Herzogtum Lauenburg	Verbundprojekt: NKI: Minderung der Treibhausgas-Emissionen der Schülerbeförderung in den (Land-)kreisen Herzogtum Lauenburg und Nordwestmecklenburg durch intelligente Systeme zur Fahrweg- sowie Fahrweise-Optimierung - MintesO	01.08.2018 - 28.02.2021	541.305 Euro
Ratzeburg	Kreis Herzogtum Lauenburg	Verbundprojekt: Aufbau eines Testzentrums für automatisiert verkehrende Busse im Kreis Herzogtum Lauenburg (TaBuLa)	01.01.2018 - 30.06.2020	177.203 Euro
Ratzeburg	Vereinigte Stadtwerke GmbH	Ladestation Neubauvorhaben Voßkuhlenweg in Bargtheide	13.06.2018 - 12.02.2019	2.592 Euro
Ratzeburg	Kreis Herzogtum Lauenburg	Einrichtung von fünf öffentlich zugänglichen Normalladestationen an verschiedenen Liegenschaften des Kreis Herzogtum Lauenburg	27.07.2018 - 26.07.2019	6.703 Euro
Sandesneben	Amt Sandesneben-Nusse	Ladeinfrastruktur Dorfgemeinschaftshäuser Linau und Labenz	16.05.2018 - 15.05.2019	7.135 Euro
Schwarzenbek	Stadt Schwarzenbek	KSI: Sanierung der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Schwarzenbek (mindestens 80-prozentige Einsparung)	01.10.2018 - 30.09.2019	162.626 Euro
Schwarzenbek	Stadt Schwarzenbek	KSI: Sanierung der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Schwarzenbek (mindestens 70-prozentige Einsparung)	01.10.2018 - 30.09.2019	64.069 Euro
Schwarzenbek	Stadt Schwarzenbek	Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur	23.06.2018 - 22.06.2019	5.896 Euro
Schwarzenbek	Stadt Schwarzenbek	Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur	16.07.2018 - 15.07.2019	5.953 Euro
Wentorf	Gemeinde Wentorf bei Hamburg	KSI: Erneuerung Innenbeleuchtung Flure und Klassenräume K-Trakt Gymnasium mit LED Leuchten	01.07.2018 - 30.06.2019	19.270 Euro
Wentorf	Gemeinde Wentorf bei Hamburg	KSI: Erneuerung Innenbeleuchtung 8 Klassenräume Gemeinschaftsschule mit LED	01.07.2018 - 30.06.2019	6.754 Euro

Herzogtum Lauenburg

23. Januar 2019

		Leuchten in der Gemeinde Wentdorf bei Hamburg (BA 2)		
Wohltorf	TTK Tontaubenklub Sachsenwald e.V.	KSI: Beleuchtungssanierung Tennisplätze TTK Tontaubenklub Sachsenwald e.V.	01.04.2018 - 31.03.2019	10.962 Euro
Gesamt				17.976.299 Euro

2. Meldungen 2019

2.1. Mobilfunkausbau im Herzogtum Lauenburg (LTE/4G)

- Im Juni 2015 wurden die 4G-Frequenzen an die drei deutschen Netzbetreiber (Telekom, Vodafone, Telefonica/O2) vergeben. Dazu hat der Bund eine Versorgungsaufgabe gegeben: Bis Ende 2019 müssen die drei Netzbetreiber eine 4G-Abdeckung von 98 Prozent (der Haushalt) erreichen. Dieses Ziel ist verpflichtend.
- Im Juli 2018 fand zudem in Berlin der Mobilfunk-Gipfel statt. Die deutschen Netzbetreiber sagten hier eine freiwillige 4G-Netzabdeckung von 99 Prozent (nach Haushalten) bis Ende 2020 zu.

Telekom

- Die Deutsche Telekom wird in den nächsten beiden Jahren in Schleswig-Holstein rund 100 neue Mobilfunk-Standorte aufbauen. Davon alleine 17 neue Standorte im Herzogtum Lauenburg. Das teilte die Telekom auf Nachfrage mit.
- Dadurch wird sich insbesondere im ländlichen Raum die Mobilfunk-Versorgung deutlich verbessern. Viele Funklöcher werden so geschlossen.
- Telekom plant in den folgenden 17 Gemeinden bis Ende 2020 einen neuen Mobilfunk-Standort aufzubauen: **Schnakenbek, Klempau, Grambek, Güster, Tramm Hamwarde, Sachsenwald, Gross Sarau, Schmilau Dalldorf, Koberg, Linau, Poggensee, Schönberg Wentorf, Havekost, Großensee.**

Vodafone

- Vodafone gibt auf Nachfrage an, im Herzogtum Lauenburg bereits eine 4G-Versorgung von 98,8% erreicht zu haben.
- Vor diesem Hintergrund plant Vodafone bis 2020 lediglich nur **einen neuen 4G-Mobilfunkstandort aufzubauen** und dazu **drei 4G-Mobilfunkstandorte** für eine höhere **Netzkapazität zu erweitern.**
- Welche Standorte das betrifft, wollte Vodafone aufgrund laufender Planungen nicht mitteilen.

Telefonica O2

- Telefonica/O2 hat im ländlichen Raum den „größten Nachholbedarf“ in Sachen Mobilfunkversorgung.
- Bis Ende 2020 plant Telefonica/O2 deshalb rund 20 neue LTE-Standorte aufzubauen, zum Teil mehrere Standorte je Gemeinde. Die Anzahl je Standort

konnte und wollte Telefonica/O2 nicht bekannt geben. Eine unternehmerische Entscheidung steht noch aus.

- Telefonica/O2 plant in den folgenden 10 Gemeinden bis Ende 2020 neue Mobilfunkstandorte aufzubauen: **Lauenburg, Geesthacht, Wentorf, Dassendorf, Schwarzenbek, Aumühle, Schnakenbek, Hollenbek, Krummesse, Mustin, Groß Grönu.**

2.2. Bundeswettbewerb „Holzbau Plus“

- Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft prämiiert und würdigt mit dem Bundeswettbewerb "HolzbauPlus – Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen" bereits fertig gestellte Gebäude, die die Vorzüge des Holzbaus mit dem Einsatz weiterer Naturbaustoffe in Konstruktion, Dämmung und Ausbau sowie intelligenten Wärmekonzepten mit erneuerbaren Energien kombinieren.
- Im Rahmen des Bundeswettbewerbs 2018 wurde auch ein Projekt im Herzogtum Lauenburg ausgezeichnet: das **Fährhaus Rothenhusen in Groß Sarau** am Ratzeburger See.
- Das Fährhaus Rothenhusen erhielt eine „Lobende Erwähnung“ und ist damit das einzige Projekt aus Schleswig-Holstein, das im Rahmen des Bundeswettbewerbs ausgezeichnet wurde.
- Insgesamt wurden 137 Projekte im Rahmen des Wettbewerbs eingereicht.
- Es gibt acht Preise, zwei Sonderpreise. Dazu kommen 10 „Lobende Erwähnungen“, mit denen die Jury Projekte im Besonderen würdigt.
- Die Preisverleihung / Würdigung fand am 22.1.2019 auf der „Grünen Woche“ in Berlin durch die Bundesministerin Julia Klöckner statt.

Fährhaus Rothenhusen

- Das seit 1968 denkmalgeschützte „rothe Hus“ am Ratzeburger See blickt auf eine bewegte Geschichte von 770 Jahren zurück. Ursprünglich als Zollstelle an der Einfahrt zur Wakenitz errichtet, wurde später eine kleine Wirtschaft darin untergebracht. So entwickelte sich das Fährhaus zum bis heute beliebten Ausflugsort.
- Nachdem jahrzehntelang die Pflege des Gebäudes vernachlässigt wurde, konnte das Fährhaus ab 2015 schließlich behutsam denkmalgerecht saniert und durch einen Neubau aus natürlichen und regionaltypischen Baumaterialien ergänzt werden.
- Der aus Holz konstruierte Neubau ist mit Reet verkleidet, das nicht nur Fassade ist, sondern auch Wärmedämmung zugleich.
- Von der Jury wurde aber nicht nur den Anbau gewürdigt, sondern das gesamte Ensemble: bestehend aus dem historischen Fährhaus, dem benachbarten Stall und dem ergänzenden Neubau.
- Es wurden die prägenden Materialien des Ortes (Holz, Reet, Ziegel) bei der Fassadengestaltung neu „interpretiert“. Die Fundamente des Altbaus wurden erneut

mit Feldsteinen ausgemauert und Abbruchziegel des früheren Stallgebäudes beim Neubau wiederverwendet. Durch die Sanierung und Erweiterung wurde der Ort – so die Jury - deutlich aufgewertet werden. Der Neubau wurde energetisch nach Niedrigenergiestandard realisiert, im Altbau wurden mit moderater Innendämmung und neuen Holzfenstern maßgebliche Reduktionen der Wärmeverluste erreicht.

- Das Projekt ist auch deshalb gewürdigt worden, da es aufgrund der besonderen Lage am See diverse flankierende Maßnahmen zum Vogel-, Gewässer-, Baum- und Fledermausschutz gab. Um Pfahlgründungen vermeiden zu können, wurde eine schwimmende Sohle mit flexiblen Erschließungsleitungen ausgebildet.
- Bauherr: Marienhoff Rössig Fährhaus, Rothenhusen GbR
- Architekt: Mißfeldt Kraß Architekten BDA, Partnerschaftsgesellschaft mbB